JUGENDLICHE FÖRDERN -CHANCEN UND POTENZIALE WECKEN

- Junge Menschen in der Ausbildung sollen elternunabhängig finanziell abgesichert werden.
- Bezahlbare Wohnheimangebote für Auszubildende und Studierende bis 27 Jahre ermöglichen und ausbauen.
- Das Wahlalter soll auf 16 Jahre gesenkt werden.
- Duale Studiengänge brauchen als Bildungsweg mehr Förderung.
- Kostenfreie Nutzung des ÖPNV für Kinder und Jugendliche, vor allem in ländlichen Regionen.

DIE JUGENDARBEITSLOSIGKEIT BETRÄGT 6,2 % UND IST VIEL HÖHER ALS DER BUNDESSCHNITT MIT 3,4 %.

- Nach der Schulzeit die Möglichkeit für ein Jugendfreiwilligenjahr schaffen.
- Keine strafrechtliche Verfolgung bei Besitz
 von kleineren Mengen Cannabis und bessere Präventionsangebote.
- Neue Ausbildungskonzepte gegen den Fachkräftemangel, vor allem in den handwerklichen Berufen.

UNSERE ARGUMENTE

Wir werden dafür sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig ihrer Herkunft die gleichen Chancen haben, das Bestmögliche aus ihrem Leben zu machen. Jedes Kind soll gut und geborgen aufwachsen und alle sollen gut ins Erwachsenenleben starten. Die Unterstützung von Kindern und Familien in Deutschland ist vielfältig. Aber genau dort, wo sie besonders gebraucht wird, kommt sie oft nicht an.



AUS RESPEKT VOR DER ARBEIT

Mehr Geld für Millionen Beschäftigte

- Der Mindestlohn soll schnell auf 12€ pro Stunde steigen.
- Sute Tariflöhne für mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Garantie auf einen Ausbildungsplatz und finanzielle Förderung der Auszubildenden durch die direkte elternunabhängige Auszahlung des neuen Kindergeldes und durch das neue, bessere BAföG.
- >> Ende der sachgrundlosen Befristung
- >> Das Recht auf Weiterbildung

So stark soll er steigen: DER MINDESTLOHN

Mehr Geld für rund **10 Millionen** Frauen und Männer







- >> Wichtige Arbeit aufwerten: mehr Lohn, mehr Personal, familienfreundliche Arbeitsbedingungen zum Beispiel in Kitas, Pflegeheimen, funktionierenden Verwaltungen, bei der Polizei.
- >> Mitbestimmung auf Augenhöhe: starke demokratische Rechte im Betrieb.

UNSERE ARGUMENTE

- 3) 10 Millionen Beschäftigte profitieren von einem höheren Mindestlohn.
- >> 4 von 10 Beschäftigten werden befristet eingestellt. Mehr als die Hälfte von ihnen sind junge Menschen.

UND WAS WOLLEN DIE ANDEREN?

CDU/CSU wollen **keinen höheren Mindestlohn** und auch **keine Sicherheit für Beschäftigte**. Sie wollen, dass Arbeitsverträge weiter willkürlich und massenhaft befristet werden.

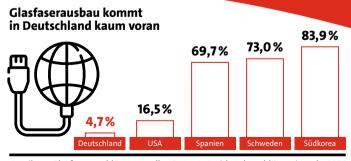


AB IN DIE GIGABIT-GESELLSCHAFT!

Bis 2030 hat Deutschland eine digitale Infrastruktur auf Weltniveau.

Unser Ziel: Alle können die Chancen der Digitalisierung nutzen. In der digitalen Welt finden sich alle Bürger*innen zurecht.

- Wir sorgen in ganz Deutschland für schnellen, sicheren und günstigen Internetzugang.
- Schluss mit Papierkram! Wir schaffen eine vollständig digitalisierte Verwaltung.
- Für fairen Wettbewerb begrenzen wir die Macht der großen Digitalkonzerne wie Google, Apple, Facebook & Co. Zusätzlich fördern wir Start-ups und lokale Anbieter – für zukunftsfähige Arbeitsplätze.



- Mit uns haben alle Generationen ein Recht auf digitale Bildung. Egal ob Schule oder Weiterbildung: Wir schaffen kostengünstige und barrierefreie Angebote für alle.
- >> Wir schützen unsere Demokratie im Netz. Wir nehmen Plattformen in die Pflicht und stärken Polizei, Staatsanwaltschaft und zivile Organisationen im Kampf gegen Hass, Hetze und Kriminalität.

UNSERE ARGUMENTE

- In Städten haben 76,7% der Haushalte eine Bandbreite von einem Gigabit. Im ländlichen Raum sind es sogar nur 20,2%.
- Dank Olaf Scholz' Digitalfonds könnte Deutschland 12 Milliarden Euro in den Breitbandausbau investieren. Dobrindt & Scheuer haben davon nur 15 Prozent genutzt.

UND WAS WOLLEN DIE ANDEREN?

CDU/CSU verschlafen die Digitalisierung. Egal ob Dobrindt oder Scheuer: Die Union kümmert sich lieber um die PKW-Maut als um die digitale Infrastruktur. **Wir machen Digitalisierung zur Chefsache.**



EINE GERECHTERE WELT DURCH EIN STARKES EUROPA

Globale Herausforderungen brauchen gemeinsame Lösungen. Ein souveränes Europa ist der Schlüssel, um erfolgreich in die Zukunft zu gehen. Darum:

- >>> Europäische Zukunftsinvestitionen jetzt konsequent fortsetzen und gute Arbeitsplätze schaffen.
- Europa zum Vorreiter für Klimaschutz und Zukunftstechnologien machen.
- Großkonzerne endlich gerecht besteuern, damit sie ihren Anteil am Gemeinwohl tragen.



- >> Wir wollen ein Europa, das nach innen geeint und nach außen souverän ist. Gemeinsam bringen wir unseren Wirtschaftsstandort im globalen Wettbewerb voran.
- >> Wir wollen Europa handlungsfähiger machen und mit Mehrheitsentscheidungen Blockaden einzelner EU-Staaten verhindern – z.B. in der Außen- und Steuerpolitik.
- >> Demokratie, Freiheit und Rechtstaatlichkeit sind das Fundament Europas. Wir werden es gegen Populisten und Nationalisten wie Orbán & Co. verteidigen.

UNSERE ARGUMENTE

- Strenzenloses Reisen, Arbeiten, Studieren und Leben machen die kulturelle Vielfalt der EU erlebbar.
- >>> Wirtschaftliche Zusammenarbeit und politische Partnerschaft erreichen mehr für Klimaschutz, Digitalisierung, Frieden, Sicherheit und Abrüstung.
- Deutschland profitiert als größte Volkswirtschaft besonders vom gemeinsamen Binnenmarkt.

UND WAS WOLLEN DIE ANDEREN?

CDU/CSU wollen mitten in der Krise zurück zur einseitigen Sparpolitik – und damit ihren Fehler aus der Finanzkrise 2008 wiederholen. So gefährden sie die Zukunft der Europäischen Union.



GUTE GESUNDHEIT FÜR ALLE

Im Mittelpunkt unseres Gesundheitssystems muss der Mensch stehen, nicht der Profit.

- Wir schaffen höhere Löhne für Pflegekräfte und verbessern ihre Arbeitsbedingungen.
- Wir beenden die Zwei-Klassen-Medizin. Wir führen eine solidarisch finanzierte Bürgerversicherung ein. Das bedeutet: hohe Qualität und gleich guter Zugang zu medizinischer Versorgung für alle.
- >>> Wir **stärken die Gesundheitsämter**, damit wir Pandemien schnell in den Griff bekommen.

Innerhalb von zehn Jahren wurden in Deutschland ...





der Krankenhäuser geschlossen.



△ 10,7%

Die Krankenhausfälle sind aber gestiegen.

- Laut Expert*innenschätzung leben in Deutschland rund 1,5 Millionen Menschen ohne ausreichende Krankenversicherung. Unsere Bürgerversicherung hilft.
- Innerhalb von 10 Jahren wurden 7,6 % der Krankenhäuser geschlossen. Die Krankenhausfälle sind aber um 10,7 % gestiegen. Unsere Lösung: integrierte medizinische Versorgungszentren!
- Dort bekommen Patient*innen wohnortnah medizinische Hilfe – auch auf dem Land. Für die beste ganzheitliche und individuelle Behandlung kombinieren wir ambulante, stationäre, pflegerische und rehabilitative Versorgung.

UND WAS WOLLEN DIE ANDEREN?

CDU/CSU stellen die Interessen der Wirtschaft in den Mittelpunkt – und nicht das Wohl der Patient*innen.

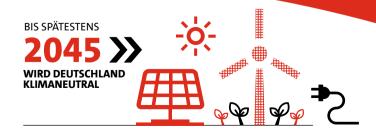
- >> Sie wollen "eine stärkere Bündelung klinischer Angebote". Das heißt: Krankenhäuser werden geschlossen.
- >> Sie halten an der Zwei-Klassen-Medizin fest.
- >> Sie wollen den **Einsatz von Robotern** in der Pflege statt mehr Personal.



KLIMASCHUTZ, DER FUNKTIONIERT. FÜR ALLE!

Bis spätestens 2045 wird Deutschland klimaneutral. Nicht nur wollen, sondern machen. Und es muss für alle funktionieren: bezahlbar, mit guten Jobs und Wohlstand auch morgen noch.

- Bis 2040 erzeugen wir Strom vollständig aus erneuerbaren Energien. Wir digitalisieren die Stromnetze und fördern neue Speichertechnologien.
- Bis 2030 wird Deutschland führend bei Wasserstofftechnologien. Gezielte Investitionen in Infrastruktur und Forschung machen Klimaschutz zum Jobmotor.
- >>> Wir **entlasten Mieterinnen und Mieter** bei den CO₂-Heizkosten und schaffen bis 2025 die **EEG-Umlage** ab. Dadurch wird Strom billiger für alle.



- >> Wir fördern Entwicklung und Produktion von **E-Autos**: 15 Mio. sollen bis 2030 auf Deutschlands Straßen sein.
- >> Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie: Jede Bürgerin und jeder Bürger – in der Stadt und auf dem Land – soll einen wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Verkehr haben.
- Mit unserem Mobilitätsplan 2030 sorgen wir dafür, dass das Bahnfahren in Europa günstiger und attraktiver wird als das Fliegen.
- SPD-geführte Bundesländer sind beim Ausbau der Windkraft führend, Baden-Württemberg ist bundesweit Schlusslicht.

UND WAS WOLLEN DIE ANDEREN?

Die Grünen wollen Klimaschutz vor allem durch einen schnell steigenden CO₂-Preis voranbringen. Das können sich aber nur Reiche leisten.

CDU/CSU können keinen Klimaschutz – sie verrechnen sich schon massiv beim künftig nötigen Strombedarf. Und auch sie wollen vor allem Normalverdienerinnen und -verdiener zur Kasse bitten: mit einem schnell steigenden CO₂-Preis und **ohne Entlastung von Mieterinnen und Mietern** bei den Heizkosten.



GUT LEBEN AUF DEM LAND

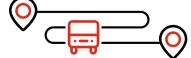
Wir schaffen gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Land und in der Stadt. Lebensqualität darf nicht vom Wohnort abhängen.

- Unsere Mobilitätsgarantie: Alle Bürger*innen bekommen einen wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Verkehr.
- Wir stärken die **ärztliche Versorgung** im ländlichen Raum.
- Wir sorgen für schnellen, sicheren Internetzugang für alle Haushalte und Unternehmen.
- Wir f\u00f6rdern auch auf dem Land generationen\u00fcbergreifende, alternative und barrierefreie Wohnformen.
- Mit unserer Agrarförderung unterstützen wir eine umweltschonende Landwirtschaft, die im Wettbewerb mithalten kann.





der Landbevölkerung wünschen sich mehr Fahrdienst- und Mobilitätsangebote



- Die Abhängigkeit vom Auto ist auf dem Land besonders groß. Vielerorts fehlen umweltfreundlichere, regelmäßige und verlässliche Mobilitätsangebote.
- Auf dem Land gibt es weniger Fach- und Allgemeinmediziner als in den Städten. Beispiel Kinderärzte: Ein Arzt bzw. eine Ärztin ist auf dem Land für 3.859 Kinder zuständig, in der Großstadt aber nur für 2.405 Kinder.
- Digital ausgebremst: In Städten haben 76,7 % der Haushalte eine Bandbreite von einem Gigabit. Im ländlichen Raum sind es nur 20,2 %.

UND WAS WOLLEN DIE ANDEREN?

CDU/CSU haben sich von seriöser Haushaltpolitik verabschiedet: Sie wollen massive Steuersenkungen für Unternehmen und Spitzenverdiener*innen, teure Rüstungsprojekte – und das Ganze ohne neue Schulden. Damit **fehlt Geld für Investitionen** in die Infrastruktur auf dem Land.



DIE STABILE UND SICHERE RENTE

Sicherheit auch im Alter schaffen wir mit einer starken gesetzlichen Rente. Darauf haben alle nach einem langen Arbeitsleben einen Anspruch.

- Wir halten das Rentenniveau stabil bei mindestens 48%.
- Wir sorgen dafür, dass niemand erst später in Rente gehen muss. Also kein Renteneintrittsalter mit 68, 69 oder sogar erst 70.
- Das Fundament der gesetzlichen Rente wird breiter, weil sie künftig zum Beispiel auch Selbstständigen oder Freiberuflerinnen und Freiberuflern Schutz bieten soll.
- Und es wird einfacher für alle, die zusätzlich privat vorsorgen wollen: weniger Bürokratie, weniger Kosten. Dazu: Eine ergänzende betriebliche oder private Altersvorsorge wird bei beruflichen Veränderungen nicht mehr verloren gehen.



- 3 45 Millionen Beschäftigte profitieren von einem stabilen Rentenbeitrag.
- >> 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner können sich auf ein stabiles Rentenniveau verlassen.
- 3 4 Millionen einer Betriebsrente profitieren von der Entlastung bei Krankenversicherungsbeiträgen.

UND WAS WOLLEN DIE ANDEREN?

CDU/CSU wollen keine stabile und verlässliche gesetzliche Rente:

- Sie diskutieren bereits die Erhöhung des Renteneintrittsalters und tarnen das als "Flexibilisierung". Im Ergebnis: Rentenkürzung für alle, die nicht länger arbeiten können.
- >> Sie bekennen sich nicht zu einer stabilen Rente. Wenn sie regieren, wird 2025 das Rentenniveau sinken. Und wieder im Ergebnis: Rentenkürzung!



FÜR MEHR WÜRDE IN DER PFLEGE

Wir machen das Leben leichter. Für Pfleger*innen, Pflegebedürftige – und ihre Familien.

- Wir schaffen bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte. Wir stärken Tarifverträge und sorgen für mehr Personal. Pfleger*innen haben mehr Geld und weniger Stress.
- Wir entlasten Pflegebedürftige mit unserer solidarischen Pflegevollversicherung. Die Pflegeversicherung übernimmt dann alle anfallenden Pflegekosten. Und: Schon vorher deckeln wir als Übergangslösung den Eigenanteil auf einen festen monatlichen Betrag.



- >> 3,31 Millionen Pflegebedürftige werden von Angehörigen zu Hause versorgt. Aber: Nur rund 1 Million Familien hat dabei Unterstützung von Pflegediensten. Wir machen ihr Leben leichter mit unserem Familienpflegegeld.
- Das Familienpflegegeld wird ab Pflegegrad 2 als Lohnersatz an pflegende Angehörige 15 Monate lang als Lohnersatz ausgezahlt. Für die Rente zählt diese Pflegezeit genauso wie Erziehungszeit.

UND WAS WOLLEN DIE ANDEREN?

CDU/CSU stellen die Interessen der Wirtschaft in den Mittelpunkt – und nicht das Wohl der Pflegebedürftigen und Familien.

- >> Sie wollen den Einsatz von Robotern in der Pflege statt mehr Personal
- >> CDU/CSU wollen mehr Wettbewerb in der Pflege durch private Pflegefirmen. Diese Firmen bezahlen ihre Pfleger*innen oft schlechter. Ihnen geht es um Profit, nicht um die beste Versorgung.
- Mit einer privaten Pflegezusatzversicherung wird Pflege zum Luxus, den sich nur Besserverdiener leisten können.



NEUE SICHERHEIT NACH CORONA

In der Corona-Krise konnten sich die Bürger*innen auf den Sozialstaat verlassen.

Es gibt aber Lücken, vor allem bei Solo-Selbstständigen, Kreativen und Mini-Jobber*innen. Wir schließen diese Lücken – und stärken den **Sozialstaat**.

- Wir sichern Solo-Selbstständige und Mini-Jobber*innen besser ab: Durch leichteren Zugang zur Arbeitslosenversicherung und ein neues Sicherungsgeld.
- Bürgergeld ersetzt Hartz IV: Wir schaffen eine bessere und leichter zugängliche Existenzsicherung. Niemand muss mehr um Wohnung und Sparkonto fürchten.



- >> Unsere Antwort auf den Wandel der Arbeitswelt ist ein "Recht auf Arbeit". Alle bekommen ein Recht auf sozialversicherte Arbeit oder Weiterbildung. Und: Wir unterstützen Arbeitnehmer*innen im Strukturwandel mit einem neuen Transformations-Kurzarbeitergeld und dem Recht auf Weiterbildung.
- >> Wer sich weiterbildet oder lange in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, bekommt künftig länger Arbeitslosengeld I: Bis zu 36 Monate statt wie heute maximal 24 Monate.

UNSERE ARGUMENTE

>> Wir schaffen mehr Schutz für 4 Millionen Mini-Jobber*innen und 2,2 Millionen Solo-Selbstständige.

UND WAS WOLLEN DIE ANDEREN?

CDU/CSU wollen keine bessere soziale Absicherung. Sie wollen **Mini-Jobs** ohne soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit sogar noch ausweiten. Ihre **Geschenke für Reiche** führen zu Kürzungen bei sozialen Leistungen.



MODERNE WIRTSCHAFT

Ein moderner Staat investiert langfristig und ermöglicht Innovationen, die allen nützen.

- Wir investieren kräftig in die Zukunft mindestens 50 Milliarden Euro pro Jahr – in Digitalisierung, Bildung, Infrastruktur, klimafreundliche Mobilität und in den ökologischen Umbau der Wirtschaft.
- Wir f\u00f6rdern besonders die Unternehmen, die sozial, gesellschaftlich und \u00f6kologisch Verantwortung \u00fcbernehmen.
- Wir werden europaweit führend bei Start-up-Unternehmen, z. B. durch besseren Zugang zu Projektförderung und zu dem nötigen Kapital.



- >> Wir fördern das Handwerk.
- Wir schaffen Gebühren für Techniker*innen- und Meister*innen-Kurse ab.
- Wir entwickeln die F\u00f6rderbank KfW weiter zu einer modernen Innovations- und Investitionsagentur.
- >> Wir nehmen Kommunen hohe Altschulden ab, damit sie kräftig investieren.

UNSERE ARGUMENTE

- » Märkte brauchen kluge Regeln, damit sie dem Gemeinwohl dienen. So schaffen wir gute Arbeitsplätze und den Wohlstand von morgen.
- Im Jahr fließen 300 Milliarden Euro in öffentliche Aufträge. Wir werden diese öffentliche Beschaffung so ausrichten, dass Innovationen und der sozial-ökologische Wandel gefördert werden.

UND WAS WOLLEN DIE ANDEREN?

CDU/CSU kennen **keine strategische Wirtschaftspolitik**. Sie glauben, dass weniger Unternehmenssteuern Arbeitsplätze bringen. Die Erfahrung zeigt aber: Das beschenkt vor allem Aktionär*innen durch höhere Renditen. CDU/CSU stehen für **willkürliche Befristungen** und **höhere tägliche Arbeitszeit**.



MEHR BEZAHLBARE WOHNUNGEN

Wohnen ist kein Spielzeug für Zocker. Und kein Luxus für Reiche. Das muss für ALLE bezahlbar sein. Darum:

- Mehr bauen! 400.000 neue Wohnungen jedes Jahr. Und 100.000 davon öffentlich gefördert. Das wirkt dauerhaft am besten gegen steigende Mieten.
- Bis dahin wirkt der Mietenstopp überall da, wo es notwendig ist: keine Mietsteigerung über der Inflation.
- >>> Vermieterinnen und Vermieter sollen 100 % der CO₂-Heizkosten übernehmen. Das ist gerecht und sinnvoll.

Tempo machen für MEHR NEUE WOHNUNGEN

Wir wollen:

400.000

>> NEUE WOHNUNGEN JEDES JAHR.



- Fast die H\(\textit{alfte}\) aller Mieterinnen und Mieter zahlt mehr als 30% des Haushaltseinkommens f\(\textit{ur}\) die Warmmiete. Und fast 12% m\(\textit{ussen}\) sogar mehr als die H\(\textit{alfte}\) ihres Einkommens daf\(\textit{ur}\) aufbringen
- Die Mietpreise vor allem in Großstädten sind inzwischen enorm hoch: In München kostet eine Wohnung im Schnitt 18,48 € pro Quadrameter, in Frankfurt am Main 15,75 € und in Berlin 13.68 €.

UND WAS WOLLEN DIE ANDEREN?

CDU und CSU behaupten, der Markt könne das Wohnungsproblem lösen. Jeder weiß aber:
Das funktioniert nicht. Trotzdem:

- >> Keine Initiative für mehr bezahlbare Wohnungen.
- >> Keine Idee und kein Engagement gegen hohe Mietsteigerungen.
- >> Keine Beteiligung der Vermieterinnen und Vermieter an den CO₂-Heizkosten. Das sollen allein die Mieterinnen und Mieter bezahlen.

Das hat einen Grund. Die Union bedient vor allem die Lobbyisten. Und die Immobilienwirtschaft bedankt sich: mit **Spenden von über einer Million Euro** in den vergangenen Jahren.

